

# Ist konservativ wieder sexy?

Es soll um das künftige Verhältnis von CDU und CSU gehen: Die bayerische Schwester legt ein Thesenpapier vor, in dem eine deutliche Kurskorrektur gefordert wird.

Von Günter Bannas

BERLIN, 8. Oktober  
Vielfach hat Alexander Dobrindt, der – im Falle der Abwesenheit Horst Seehofers – künftig starke Mann der CSU in Berlin, in den vergangenen Tagen geäußert, worum es bei dem Sondierungsgespräch der Spitzen von CDU und CSU am Sonntag gehe: nicht in erster Linie um die Details der Politik, die Dobrindt mit dem Wort „Kommazeichen“ kennzeichnete, sondern um Grundsätzliches. „Ich will wissen, ob wir noch inhaltliche Schwestern sind“, beschrieb der CSU-Landesgruppenvorsitzende seinen Wissensbedarf. Eine ganze Reihe von Themen fasste er darunter: die Flüchtlingspolitik natürlich, aber auch Fragen der Sozialpolitik einschließlich der hohen Mieten in den Großstädten, und die Europapolitik. Auch die Rentenpolitik pflegte er zu nennen – manchmal verbunden mit dem Hinweis, es sei nicht sonderlich klug im Wahlkampf gewesen, dass sich die Unionsparteien dabei bloß auf die Aussage festgelegt hätten, in der neuen Wahlperiode solle eine Kommission gebildet werden.

Nun hat Markus Blume versucht, einen Beitrag zu leisten, aus Sicht der CSU inhaltliche Kerne zu kennzeichnen, wie sich die Unionsparteien positionieren sollten. „Warum die Union eine bürgerlich-konservative Erneuerung braucht“ ist ein Thesenpapier überschrieben. Blume, der Leiter der CSU-Grundsatzkommission und auch stellvertretender CSU-Generalsekretär ist, hat es in Absprache mit Seehofer verfasst. „Die Bundestagswahl 2017 war eine Zäsur. Für unser Land und für die Union. Wer jetzt ‚Weiter so‘ ruft, hat nicht verstanden und riskiert die Mehrheitsfähigkeit von CDU und CSU“, wird der Text eingeleitet. Mit der Warnung vor einem „Weiter so“ ist Angela Merkel, die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, gemeint. Der Anlass: Merkel habe nach der Bundestags-



Seehofers Statthalter in Berlin: Dobrindt äußert deutliche Kritik am Wahlkampf der Kanzlerin.

Foto EPA

wahl keine Kursänderung angekündigt, sondern es bei Bemerkungen belassen, strategische Wahlziele der Union seien erreicht worden – etwa dass gegen sie keine Koalition gebildet werden könne. Auch der konservative Flügel der CDU ist darüber empört. Aus den zurückliegenden Erfolgen der Unionsparteien leiten Blume und Seehofer Forderungen für die Zukunft ab. Die Union sei nie nur ein Kanzlerwahlverein gewesen. „Sie hat bis heute die Politik in Deutschland wie keine andere politische Kraft geprägt. Weil sie die politische Mitte mit der demokratischen Rechten vereint hat.“ Es folgt die Konsequenz: „Will die Union weiterhin Taktgeber für das gesamte bürgerliche Lager sein, muss sie ihren angestammten Platz Mitte-rechts ausfüllen.“

Blume gehört innerhalb der CSU nicht zu den Anti-CDU-Scharfmachern. So wie auch seine Vorgänger an der Spitze der CSU-Grundsatzkommission: der Europapolitiker Manfred Weber und Alois Glück, der Präsident des Bayerischen Landtags

und später auch Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken war. Mit 42 Jahren gehört er (noch) zu den Jüngeren in der engeren CSU-Führung, ist aber als ehemaliger Unternehmensberater einer der wenigen, die vor ihrer politischen Karriere einem bürgerlichen Beruf nachgingen. Dem Landtag gehört er seit 2008 an, wo er sich um wirtschaftspolitische Dinge kümmerte. Seit 2014 leitet er die Grundsatzkommission. Deutsche „Leitkultur“ wurde zu seinem Thema. Stichworte seiner Tätigkeit: Heimat und Patriotismus, Anforderungen an Zugewanderte (Gebrauch der deutschen Sprache), die geistige Tradition der Aufklärung und nationale Symbole (Fahne und Hymne). Es irritierte ihn, konnte er ausführen, dass die CDU „nach links“ integrieren wolle. Ein „Wir müssen das bürgerliche Lager zusammenhalten“, zu dem auch Wähler der AfD gehörten, setzte er dagegen. Es versteht sich, dass er eine Koalition mit der AfD ablehnt.

Seine „Irritation“ über den Kurs der CDU, mithin auch über den von Angela

Merkel, spiegelt sich in den zehn Thesen des Papiers, das zielgerichtet vor dem CDU/CSU-Sondierungsgespräch veröffentlicht wurde. Zwar enthält der Text das Wort „Obergrenze“, die wie auch die „Leitkultur“ zu „Offenheit und Freiheit“ gehöre. Doch eine Zahl oder konkrete Maßnahmen bei der Aufnahme von Flüchtlingen enthält das Papier nicht – ebenso wenig solche zur Renten- oder zur Europapolitik. Es dürfe „kein politisches Vakuum“ entstehen, heißt es. „Wenn bis auf die CSU alle etablierten Parteien links der Mitte wahrgenommen werden, dann ist das ein Problem.“ Das ist die in der CSU – bei Seehofer und Dobrindt – und auch in Teilen der CDU vorhandene Sicht der Dinge. „CDU und CSU müssen im Parteiensystem gemeinsam auf derselben Seite und für bürgerliche Überzeugungen stehen“, wird gefordert. „Für liberale und christlich-soziale ebenso wie für konservative“, wird angefügt, was allerdings auch Merkel zu sagen pflegt. Auch über eine andere der Blume/Seehofer-Thesen

# Der Aufstand war schon vorbereitet

Die Junge Union ist frustriert, sie will Veränderungen – trotzdem applaudiert der Parteinauchwuchs der Kanzlerin / Von Johannes Mohren

DRESDEN, 8. Oktober. Vor Diego Faßnacht haben sich zahlreiche Kameras aufgebaut. Gerade hat Angela Merkel beim „Deutschlandtag“ der Jungen Union gesprochen, vor rund 1000 Mitgliedern des Parteinauchwuchses. Nun haben diese die Chance, sie zu befragen. Und so steht Faßnacht, ein Kreisvorsitzender der Jugendorganisation aus Nordrhein-Westfalen, an einem der Mikrofone in der Halle. Er äußert harsche Vorwürfe, eine wütende, mehrminütige Generalabrechnung. Sie kulminiert im Versuch der Revolte: Ob sie nicht bereit sei, fragt Faßnacht Merkel, den Weg „für einen inhaltlichen und personellen Neuanfang frei zu machen“. Die Angesprochene selbst wird später sagen, sie fühle sich „demokratisch legitimiert“. Ihre direkte Verteidigung übernehmen andere: Es gibt laute Buhrufe der meisten Delegierten – nur wenige der Mitglieder aus Bayern klatschen zustimmend für die Rücktrittsforderung.

Eine gute Stunde zuvor marschiert Merkel zur Musik der Hip-Hop-Gruppe „Fantastische Vier“ in den Saal. Manche fragen sich, ob der Text ein Vorzeichen ist: „Du hattest gute Zeiten / Wir waren mit dabei / Wir werden dich begleiten / Wir bleiben troy.“ Zu diesem Zeitpunkt weiß noch keiner genau, was passieren wird. Die Stimmung in den Reihen sei unruhig gewesen, berichten Landesvorsitzende, auch sie seien nicht sicher gewesen, wie ihre Delegationen reagieren. Groß ist der Frust nach der Wahl – über das Ergebnis, aber auch über die Reaktion der Parteiführung. Am Vorabend des Merkel-Auftritts hatten die Delegierten die „Dresdner Erklärung“ verabschiedet. Sie ist ein zukunftsgerichtetes Programm und eine Ab-

rechnung zugleich: Ein schlechtes „Weiter so“ dürfe es nicht geben, steht in dem fünfseitigen Papier, man müsse „ehrlich und schonungslos hinterfragen“. Die Junge Union will das konservative Profil geschärft sehen und personell eingebunden werden: Neue, unverbrauchte Köpfe seien wichtig, um „das gesamte Spektrum einer Volkspartei abzubilden“.

Letztendlich gibt es gebündelten Merkel-Protest nur von der JU Bayern – von der Landesgruppe, deren Vorsitzender Hans Reichhart der Kanzlerin schon vor dem „Deutschlandtag“ einen „kompletten Realitätsverlust“ vorgeworfen hatte.

Die Bayern bleiben demonstrativ sitzen, als Merkel durch den Mittelgang schreitet und halten Schilder in die Höhe: „Zuwanderung begrenzen!“ steht auf den Landesfarben oder „Wir haben verstanden. Ihr auch?“ Alle anderen klatschen. Und Merkel ist bemüht, dass das so bleibt. Sie unterstützt voll und ganz die Forderung der JU, den Koalitionsvertrag auf einem Parteitag zu diskutieren, sagt sie nach wenigen Minuten in ihrer Rede. Das hat die Jugendorganisation erst am Vorabend eingebracht. Es wird lange applaudiert. „Es war ein klares Signal – und ein gutes“, sagt ein Landesvorsitzender. Die Kanzle-

rin sei sichtbar auf die Jugend zugegangen, findet er. Das zeige auch, dass sie einhalb Stunden geblieben sei. Länger als geplant und offen für viele Fragen, die oft eher zu Beiträgen werden. Die Beiträge sind deutlich härter als sonst, bleiben aber auf sachlicher Ebene. Nur Faßnacht, der Rücktrittsforderer, habe sich im Ton vergriffen, findet der Landesvorsitzende. Deshalb auch die Buhrufe. Nur deshalb? Es war der einzige Angriff, der sich direkt gegen Merkel richtete – nicht gegen ihre Politik.

Es gibt auch in der Jungen Union tiefe Risse. Das zeigt sich nicht nur beim Merkel-Auftritt, den man im Bayern-Block als sehr enttäuschend wahrgenommen hat – inklusive des Vorwurfs, weite Teile der JU hätten sich einlullen lassen. Es zeigt sich auch während der Beratung des eigenen Positionspapiers. Darin wird im ausführlichsten Kapitel über Migration unter anderem gefordert, eine „klare Begrenzung für klassische Zuwanderung“ einzuführen. Es ist Freitagabend, 22:30 Uhr – und es geht um ein Wort. „Begrenzung“ stört viele Delegierte, sie wünschen sich eine Umformulierung in „Regulierung“. Es geht hoch her, die Frist, über Anträge entscheiden zu können, wird vorsorglich bis nach 24 Uhr verlängert. „Leute, wir reden darüber, dass wir unser konservatives Profil stärken wollen. Und bei der ersten Gelegenheit wollt ihr das streichen. Habt ihr denn nichts verstanden?“, ruft ein Delegierter aus Bayern empört in den Saal. Es wird schlussendlich schriftlich abgestimmt. 122 zu 148 – Änderungsantrag abgelehnt. Es bleibt bei der Forderung nach einer Begrenzung, eine Abschwächung gibt es nicht. Die Erklärung



Nimmt die Kritik ernst: Merkel auf dem „Deutschlandtag“

Foto Imago

## STIMMEN DER ANDEREN

**Merkel nimmt Gegnern den Wind aus den Segeln**  
Die Zeitung „Die Welt am Sonntag“ (Berlin) bespricht sich mit dem Bundestreffen der Jungen Union in Dresden:

„Seit Tagen hatte die Junge Union für eine gnadenlose Abrechnung mit der Parteivorsitzenden und Kanzlerin getrommelt, Personalwechsel und Verjüngung gefordert, Facebook und Twitter mit der Ankündigung der Merkel-Dämmerung fast lahmgelegt. Am Freitagabend wurde eine ‚Dresdner Erklärung‘ verabschiedet, voller Kritik und Forderungen. Jens Spahn trat auf und wurde gefeiert wie ein Popstar für Sätze wie: ‚Das war kein normales Wahlergebnis. Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen.‘ Das alles hielt so lange, bis die Parteivorsitzende ans Rednerpult trat. Die landete schnell und präzise einen Streicheltreffer in die Seele der JU, indem sie – wie gefordert – einen Sonderparteitag zur Abspeisung einer Jamaika-Koalition ankündigte. Da gab es dann zum ersten Mal lang anhaltenden Applaus. Niemand versteht es besser, dem Gegner den Wind aus den Segeln zu nehmen, als die Kanzlerin.“

**Traditionsparteien brauchen ein eigenes Profil**  
Die „Neue Zürcher Zeitung“ befasst sich mit dem Erstarben der Rechten in Europa:

„Es ist eine Binsenwahrheit, dass die politische Rechte auch deshalb so erfolgreich ist, weil sie echte Sorgen der Menschen thematisiert. Wer behauptet, die Rechte würde nur Ängste kreieren, um diese dann politisch zu bewirtschaften, macht es sich zu einfach. Es lohnt sich für die etablierten Parteien, genauer hinzuschauen, welche Themen sie aufgreift. Man kann davon lernen, ohne dass man ihre Positionen übernehmen muss. Falsch ist es, daraus gleichsam eine Obsession zu entwickeln und die politische Landschaft nur noch nach Nähe oder Distanz zum rechten Rand zu vermessen. Etablierte bürgerlich-liberale Parteien haben es überall in Europa schwer. Sie sind Dinosaurier mit Geschichte und entsprechenden Verstrickungen – und damit wesentlich weniger wendig als Parteien, die sich als politische Bewegung verstehen und in der Regel einfache Kommandostrukturen haben. Mittlerweile haben in der Schweiz aber Traditionsparteien wie die FDP oder die CVP gelernt, dass es sich lohnt, wieder

ein eigenes Profil zu entwickeln und sich dem Wettbewerb der Ideen zu stellen. Es mag trivial klingen, ist aber das einzige probate Mittel, um dem Druck zu begegnen.“

**Junckers Haltung zu Katalonien unrealistisch**  
Die britische Sonntagszeitung „The Observer“ kritisiert die Haltung der EU-Kommission im Katalonien-Konflikt:

„EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Junckers Behauptung, Katalonien sei allein eine interne Angelegenheit Spaniens, ist töricht und unrealistisch. Erklären lässt sich dieses Versagen teils dadurch, dass (Ministerpräsident Mariano) Rajoy ein Verbündeter der Mitte-rechts-Mehrheit im Rat und im Parlament der EU ist. Doch die EU hat nach europäischem und internationalem Recht die Pflicht, Rechte der EU-Bürger in Katalonien zu schützen. Auch das Recht auf Selbstbestimmung, wie immer es definiert wird. Aber die EU hat auch ein deutliches politisches Interesse, die Stabilität und Integrität eines wichtigen Mitgliedstaates zu wahren. Nicht zuletzt, weil ein gewalttätiger Kampf um die Abspaltung separatistische

wird es in der CDU keine Aufregungen geben: „Wir dürfen die Antwort auf die zentralen Konfliktlinien nicht den Extremen von links und rechts überlassen. Denn die Antworten werden nicht schwarzweiß sein. Eine bürgerlich-konservative Politik muss das tun, was andere nicht schaffen: zusammenführen statt spalten.“

Selbstverständlichkeiten, die auch bei politischen Gegnern der CSU verbreitet sind, werden in dem Papier erläutert. „Die Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sind gewaltig.“ Und: „Viele Menschen fühlen sich abgehängt – kulturell und sozial, aber auch politisch.“ Das sei „die Stunde der Union“. Sie müsse „alle mitnehmen“. Veränderungen könnten nicht verboten oder lauffengelassen werden. „Aber wir müssen sie gestalten.“ Deutschland habe viel Verantwortung in Europa und der Welt übernommen, schrieb Blume. „Aber es darf nie der Eindruck entstehen, dass die eigene Bevölkerung zu kurz kommt.“ Bürgerliche Politik sei es, sich gerade für die Anliegen der kleinen Leute einzusetzen, bei Rente und Pflege ebenso wie bei Mieten und Jobs. In Sachen Integrationspolitik und Obergrenze hält sich der Text zurück. Eine offene Anti-CDU-Provokation wurde vermieden – oder nur zwischen den Zeilen versteckt. „Grenzenlose Freiheit macht Angst.“ Angst aber sei der Feind einer offenen Gesellschaft. „Deshalb brauchen wir eine bürgerliche Ordnung der Freiheit: das heißt einen durchsetzungsfähigen Staat, eine klare Begrenzung der Zuwanderung und einen Richtungspegel für die Integration.“ Es kommen Anmerkungen wie diese: „Dagegen müssen wir klarmachen: Wer Kreuze abnehmen, Schweinefleisch verbannen und Martinsumzüge in Lichterfest umbenennen will, ist nicht tolerant, sondern betreibt gefährliche Selbstverleugnung.“ Und auch: „Genauso gefährlich wie ein radikaler Populismus von rechts ist der blinde Populismus gegen rechts. Alles, was nicht im Geist der Alt-68er steht, gilt als rechts und damit schlecht.“

Inzwischen sei der Zeitgeist aber nicht mehr links. Er sei konservativ. Der Autor Blume hat das so formuliert: „Normalerweise sieht der Konservative den Zeitgeist eher skeptisch. Doch heute ist das Konservative das neue Moderne. Anders gesagt: Konservativ ist wieder sexy.“ Das erinnert an ein altes CDU-Wahlplakat. „Komm aus deiner linken Ecke“, forderte eine festsche Frau: blonde Locken, Margerite im Schmolmund, grüne Boxhandschuhe. Im Geburtsjahr Blumes wurde es erfunden: 1975.

# Trump lehnt Verhandlungen mit Nordkorea ab

F.A.Z. FRANKFURT, 8. Oktober. Der amerikanische Präsident Donald Trump hat diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Atomstreits mit Nordkorea abermals eine Absage erteilt. Regierungen würden „seit 25 Jahren mit Nordkorea reden“, dabei seien „Vereinbarungen getroffen und riesige Summen Geld gezahlt“ worden, schrieb Trump am Samstag im Kurznachrichtendienst Twitter. Die amerikanischen Verhandlungsführer seien lächerlich gemacht worden. „Sorry, aber nur eins wird funktionieren“, fügte Trump hinzu. Was er damit meinte, führte er nicht aus. Ähnlich hatte sich Trump bereits in der vergangenen Woche geäußert. Nachdem sein Außenminister Rex Tillerson auf „Kommunikationskanäle nach Pjöngjang“ verwiesen hatte, hielt Trump ihm via Twitter Zeitverschwendung vor. Daraufhin hatte Verteidigungsminister James Mattis sich hinter Tillerson gestellt. Sein Ministerium unterstütze dessen Bemühungen um eine diplomatische Lösung, hatte Mattis vor dem Verteidigungsausschuss des Senats gesagt.

Tillerson steht zusätzlich unter Druck, seitdem der Sender NBC am vergangenen Mittwoch berichtet hatte, der Minister habe den Präsidenten als „Deppen“ bezeichnet und zwischenzeitlich einen Rücktritt erwogen. Daraufhin hatte der Außenminister auf einer Pressekonferenz Rücktrittsgedanken dementiert und Trump seine Unterstützung zugesichert, bestritt aber nicht explizit, diesen als „Deppen“ bezeichnet zu haben. Stattdessen erklärte er: „Mit so einem belanglosen Kram befasse ich mich nicht.“ Eine Sprecherin des Außenministeriums stellte später klar: „Er hat es nicht gesagt.“

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un hat unterdessen das Atomwaffenprogramm seines Landes als „wertvolles Schwert“ verteidigt, um Nordkorea vor einem Angriff zu schützen und angesichts der „atomaren Drohungen der US-Imperialisten“ die Souveränität des Landes zu verteidigen. Kim äußerte sich Staatsmedien zufolge am Samstag bei einer Rede vor dem Zentralkomitee der Arbeiterpartei. Dabei habe er von einer komplizierten internationalen Lage gesprochen. Die Lage zeige, dass die von ihm ausgerufenen parallele Entwicklung von Atomwaffen und der Wirtschaft richtig sei. Zugleich stärkte Kim die Position der Herrscherfamilie. Nach Berichten der Staatsmedien wurde seine jüngere Schwester Kim Yo-jong zum stellvertretenden Mitglied im Politbüro ernannt. Sie ist nach Berichten südkoreanischer Medien 30 Jahre alt und begleitet ihren Bruder häufig auf Reisen im Land.

# Revolutionsgarden drohen Amerika

F.A.Z. FRANKFURT, 8. Oktober. Vor der für Donnerstag angekündigten Rede des amerikanischen Präsidenten Donald Trump über die Iran-Strategie seiner Regierung hat sich die Führung in Teheran unbeugsam gezeigt. Die mächtigen Revolutionsgarden drohten indirekt mit Angriffen auf amerikanische Stützpunkte in der Region, sollte Amerika aus dem gemeinsamen Atomabkommen aussteigen. In diesem Fall sollten die Vereinigten Staaten ihre Stützpunkte und Kriegsschiffe außerhalb der Reichweite der iranischen Raketen verlegen, sagte der Kommandeur der Revolutionsgarden, Muhammad Ali Dschafari, am Sonntag nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur Irna. Zudem würden die Revolutionsgarden dann auch ihr Raketenprogramm noch schneller modernisieren, so Dschafari. Mit Blick auf Medienberichte, wonach Washington die Einstufung der Garden (IRGC) als Terrororganisation erwägt, erklärte er weiter: „Falls die Amerikaner so dumm sein sollten, die IRGC wirklich zu einer Terrorgruppe zu deklarieren, dann setzen wir die amerikanische Armee im Nahen Osten auf eine Stufe mit dem ‚Islamischen Staat‘.“

Der iranische Präsident Hassan Rohani zeigte sich kämpferisch. Trump könne Iran selbst durch einen Ausstieg aus dem Atomabkommen nicht schaden. Teheran habe mit dem 2015 besiegelten Abkommen einen unwiderruflichen Gewinn erzielt. „Ob nun Trump oder zehn weitere Trumps, diese Erregungsschreie können nicht rückgängig gemacht werden“, sagte Rohani am Samstag in einer Rede in der Teheraner Universität.

Trump hat angedeutet, dass er dem Kongress nicht ein weiteres Mal bestätigen will, dass Iran seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen nachkommt. Dies muss er bis zum kommenden Sonntag tun, um die weitere Aussetzung der atombezogenen Sanktionen zu ermöglichen. Andernfalls muss der Senat binnen 60 Tagen über die Wiedereinstufung der Sanktionen gegen Teheran entscheiden. Erst dieser Schritt würde de facto einer Aufkündigung der Atomvereinbarung gleichkommen. Eine Mehrheit dafür ist allerdings nicht sicher. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Vereinigten Staaten weitere Maßnahmen zur Eindämmung Irans im Nahen Osten ergreifen könnten, darunter auch die Einstufung der Garden als Terrororganisation.

Gefühle im Baskenland, in Norditalien, in Flandern und in Nordirland anheizen könnte, um nur einige potentielle Krisenherde zu nennen. Wie demütigend es doch ist, dass die Schweiz sich als Vermittler anbietet, während Brüssel die Hände in den Schoß legt.“

**Kataloniens Sprung ins leere Becken**  
Die Zeitung „El Periódico de Catalunya“ aus Barcelona schreibt:

„Wenn die Separatisten wirklich den Sprung wagen, wird das Wasser im Becken weder kalt noch warm sein – es wird gar keines drin sein. Die Europäische Union wird bei einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung nichts tun, um den Sturz abzufedern. Kein relevanter Akteur wird diese Unabhängigkeit anerkennen. Niemand sympathisiert mit einer Regierung, die auf die Gesetzlosigkeit zusteuert. Die bedauerlichen Bilder von Polizeigewalt haben europaweit eine Welle der Empörung ausgelöst. Gewalt ist keine Lösung, aber die Grundhaltung bleibt unverändert: Eine einseitige Abspaltung von Spanien wird die EU nicht akzeptieren.“